

Biebesheimer Extrablatt

Sommerzeitung zum Biebesheimer Bürgerentscheid am 28. September 2014

Erster Bürgerentscheid in Biebesheim

Das letzte Wort hat der Bürger

Am Sonntag, den 28. September 2014 werden die Biebesheimer über die Erweiterung ihres Gewerbegebietes und damit die Zukunft ihres Ortes entscheiden. Dabei geht es um nicht weniger als die Frage, ob Biebesheim eine Wohngemeinde mit Gewerbegebiet bleiben oder sich zu einem Industriegebiet mit angrenzender Wohnbebauung entwickeln soll.

Am 25. Februar 2014 hatten die Gemeindevertreter die Aufstellung des Bebauungsplans „Am Fanggraben“ und damit die Erweiterung des Gewerbegebietes zugunsten eines Betonschwellenwerkes beschlossen. Gegen diesen Beschluss bildete sich eine Bürgerinitiative, die mit einer Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren fast 15% der Wahlberechtigten im Ort hinter sich brachte. Gegenstand des erfolgreichen Bürgerbegehrens war die Forderung nach einem Bürgerentscheid in einer so wichtigen Frage, wie der abermaligen Erweiterung des Gewerbegebietes, das mit über 150 ha bereits jetzt schon größer ist als die Siedlungsfläche. Nach der positiven Zulassungsprüfung des Bürgerbegehrens entschied die Gemeindevertretung am 10. Juli 2014, einen Bürgerentscheid abzuhalten. Alternativ hätte sie auf die Erweiterung des Gewerbegebietes verzichten müssen. Damit liegt die Entscheidung nun bei den Bürgern und nicht mehr bei den gemeindlichen Gremien. Der Ausgang des Bürgerentscheides im September ist unmittelbar wirksam. Erstmals in der Geschichte Biebesheims können die Bürger direkt selbst die Zukunft Ihres Ortes bestimmen. Gemeindevertreter, Gemeindevorstand oder Bürgermeister entscheiden jetzt nicht mehr, ob das Betonschwellenwerk gebaut wird oder nicht. Das letzte Wort hat der Bürger.

Betonschwellen - Technologie von gestern

Die geplante Erweiterung des Biebesheimer Gewerbegebietes um ca. 12 ha und die damit verbundene Änderung des Flächennutzungsplanes wurde von der Regionalversammlung Südhessen ausschließlich zugunsten des Baus eines Betonschwellenwerkes genehmigt. Bahnschwellen aus Beton werden so wie auch Bahnschwellen aus Holz in ein paar Jahren der Vergangenheit angehören. Die Holzschwellen müssen mit kreosothaltigen Holzschutzmitteln behandelt werden, die witterungsbedingt erodieren und so die Umwelt schädigen. Die Herstellung von Bahnschwellen aus Beton ist äußerst energieintensiv und damit klimaschädlich. Die Zukunft gehört der Kunststoffbahnschwelle aus wiederverwertetem Polyethylen, die u.a. auch den Lärm auf der Schiene verringert. Diese Schwellen sind vom Eisenbahnbundesamt bereits zugelassen und werden in Niedersachsen gefertigt. Ein Betonschwellenwerk in Biebesheim mag für den Betreiber noch lukrativ sein; es ist aber keine Investition in die Zukunft unseres Ortes.



Nr. 1 - August 2014

Hrsg.: Die Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens gegen die Ausweitung des Industrie- und Gewerbegebietes in Biebesheim: Christine Straub, Anja Kolb-Hiemenz, Bärbel Schäffner.

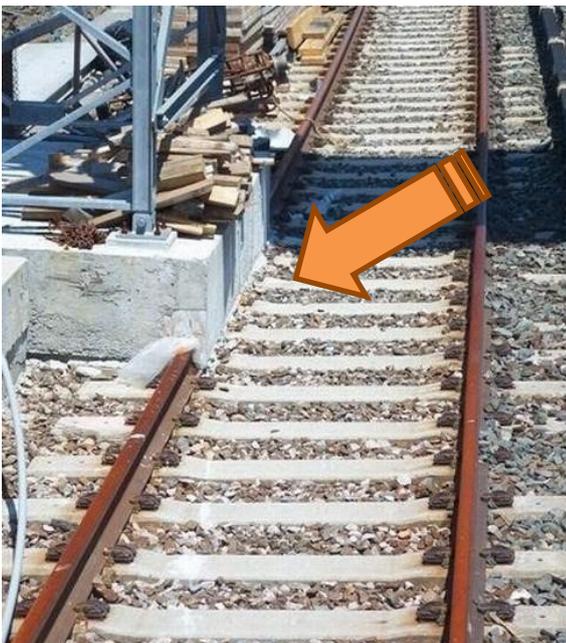
Langen schließt

Das in Langen/Offenbach ansässige Betonschwellenwerk der RailOne GmbH gibt seinen Standort bis 2017 auf – und baut ein neues Werk ebenfalls im Landkreis Offenbach. Über Sinn oder Unsinn kann man streiten. Allerdings wäre so eine Entscheidung für einen kleinen Ort wie Biebesheim verheerend, wenn nämlich Investitionsruinen hinterlassen würden. In Langen wird die Sache gut ausgehen, da laut Bürgermeister Gebhardt der Wegzug der RailOne in Hinblick auf die Gewerbesteuererinnahmen kein großer Verlust sei. Stattdessen will er Wohnraum für mehr als 3.000 Menschen schaffen. Biebesheim will Siedlungsfläche zugunsten eines zweiten Betonschwellenwerkes in Südhessen aufgeben und erwartet sprudelnde Steuereinnahmen. In Langen ist dieser Traum bereits geplatzt; in Biebesheim können die Bürger einen Alptraum noch verhindern.

Mit dem Rücken an der Wand

Die Fläche, auf der das Betonschwellenwerk gebaut werden soll, ist als Vorranggebiet für die Landwirtschaft, als Regionaler Grünzug und für besondere Klimaschutzfunktionen ausgewiesen. Für Biebesheim mit einem Gewerbegebiet von über 150 ha, das damit größer ist, als die Siedlungsfläche des Ortes, sind solche Umweltschutzfunktionen der Landschaft von großer Bedeutung. Daher muss deren Zerstörung durch den Verzicht auf andere, bebaubare Flächen in der Gemeinde kompensiert werden. Dafür gibt es rechtliche Vorgaben. Schaut man genau hin, stellt man fest, dass Biebesheim in Hinblick auf seinen Flächenverbrauch mit dem Rücken an der Wand steht. Die Gemeinde müsste insgesamt auf 7,8 ha potenzielle Siedlungsfläche verzichten. Damit blieben ihr noch maximal 6,2 ha zur Deckung des Bedarfs an Wohnsiedlungsfläche. Eine Gemeinde, die optimistisch in die Zukunft sieht, den Menschen einen attraktiven Wohnort bieten kann und daher auf Wachstum setzt, würde so etwas nicht in Erwägung ziehen. Stattdessen setzt man bei chronisch leerer Gemeindekasse kurzfristig auf kaum kalkulierbare Gewerbesteuerereinnahmen und nimmt in Kauf, dass Biebesheim verschandelt und unattraktiver wird. Der Verzicht auf Flächen für die Siedlungsentwicklung sieht wie das Eingeständnis aus, dass Biebesheim als Wohnort keine Zukunft mehr hat und lediglich als Gewerbe- und Industriestandort den Interessen auf höherer Ebene (Kreis und Land) zu dienen habe. Das zu verhindern liegt am 28. September allein in der Hand der Bürger.

„Klasse, so ein Stammgleis!“



QUELLE: LACHSCHON.DE

Roter Teppich für Moll AG

Der Antrag der Gemeinde Biebesheim auf Abweichung vom Regionalplan Südhessen zugunsten eines Betonschwellenwerkes wurde bereits im Dezember letzten Jahres durch die Regionalversammlung Südhessen erörtert. In diesem Rahmen wurden erhebliche Bedenken seitens des Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt Dieburg – Hauptabteilung Ländlicher Raum deutlich. Es wurde bemängelt, dass lediglich die Anforderungen eines Betonschwellenwerkes, also die Wünsche des Investors

ausführlich dargestellt wurden. Weiterhin wurde gefordert, dass die Standortfrage überregional, also auch in Hinblick auf angrenzende Bundesländer betrachtet werden müsse. Schließlich gibt es bereits ein Betonschwellenwerk in Südhessen. Die Kritik unterstreicht deutlich, dass sich die Gemeinde Biebesheim vor allem in den Dienst der Münchener Moll AG stellt, die das Betonschwellenwerk bauen möchte. Dass Biebesheim darin auch noch von der Regionalversammlung unterstützt wird, macht doppelt stutzig: Hier wird ein Roter Teppich für das zweite Betonschwellenwerk in Südhessen ausgerollt, ungeachtet der schlechten Erfahrungen der Stadt Langen. Tatsache ist, dass die Genehmigung für die Ausweitung des Biebesheimer Gewerbegebietes ausschließlich für den Bau eines Betonschwellenwerkes gelten würde. Somit werden die Planungsgrundlagen in diesem Fall für ein konkretes Bauvorhaben angepasst. Mit Planung im herkömmlichen Sinn hat das wenig zu tun. Man könnte auch sagen: Die Änderung der Flächennutzungsplanung erfolgt ausschließlich zugunsten der Münchener Leonhard Moll Betonwerke GmbH (ein Unternehmen der Leonhard Moll AG), denn Biebesheim könnte den geplanten Standort des Betonschwellenwerkes nicht einmal anderweitig als Gewerbefläche nutzen.

„Wegzug der Freude bereitet“

Titel der Zeitungsnachricht über die Aufgabe des Betonschwellenwerkes in Langen in der Offenbacher Post vom 28.03.2014.

Luftverschmutzung und Lärm

Der Bau des Betonschwellenwerkes ist „immissionsschutzrechtlich relevant“, wie es im Verwaltungsdeutsch heißt. Das bedeutet im Klartext, dass vor allem mit Lärm und Luftverschmutzung zu rechnen ist. Der Lärm entsteht durch die Produktion und das Recycling von Betonschwellen, aber auch durch Be- und Entladungsvorgänge von LKW und Güterzügen, und deren Verkehr auf Straße und Schiene. Hinzu kommen gesundheitlich belastender Staub und Feinstaub durch die Zementverarbeitung und den Kraftverkehr. Die Emission weiterer gesundheitsgefährdender Zuschläge, wie Allergie auslösende Chromate kann ebenfalls eine Rolle spielen.

Darüber, ob das geplante Betonschwellenwerk weit genug von der Wohnbebauung Biebesheims entfernt ist, um die Belastung der Menschen erträglich zu halten, darf spekuliert werden. Die Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar weist allerdings ausdrücklich in einer Stellungnahme darauf hin, die Immissionschutzproblematik in Biebesheim auch unter Berücksichtigung der Sondermüllverbrennungsanlage (HIM) zu beurteilen. Anders ausgedrückt: Die Bewertung der Emissionen durch das Betonschwellenwerk muss unter Berücksichtigung anderer, luftverschmutzender Betriebe vorgenommen werden. Da die Luftverschmutzung in Biebesheim schon erhöht ist, kann eine zusätzliche Belastung des Ortes auch dann zu viel sein, wenn im Betonschwellenwerk moderne Produktionstechnologien zum Einsatz kommen.

Hohes Verkehrsaufkommen

Die Gemeinde Biebesheim rechnet mit einer zusätzlichen Verkehrsbelastung von 55 LKW pro Tag, also rund 20.000 LKW im Jahr. Das dürfte wohl die Untergrenze dessen sein, was an Schwerlastverkehr zu erwarten ist. Alle Ausgangsstoffe für die Produktion von Bahnschwellen müssen nach Biebesheim angefahren werden. Dazu gehören die Rohstoffe für den Beton, der Stahl und die Chemikalien für geplante 600.000 Betonschwellen pro Jahr. Spannbetonschwellen vom Typ B70, die bei der Deutschen Bahn in der Regel Verwendung finden, wiegen 300 kg/Stück. Man muss also jedes Jahr mit der Anfahrt von Material für 180.000 t Betonschwellen rechnen. Der Abtransport der Bahnschwellen soll zum Teil ebenfalls über die Straße erfolgen. Straßenbau und Straßeninstandhaltung

werden zur neuen Herausforderung für Biebesheim - mit den entsprechenden Kosten für die Bürger. Eine Prognose dazu, welche Auswirkungen das hohe Transportaufkommen für den übrigen Berufspendelverkehr von und nach Biebesheim haben wird, scheint kaum möglich. Schließlich gilt auch hier, dass der LKW-Verkehr des geplanten Betonschwellenwerkes eine zusätzliche (!) Belastung darstellen würde. Die Kapazitätsgrenzen der in den letzten Jahren aufgebauten transportintensiven Firmen (Fresenius, Grieshaber, etc.) sind noch gar nicht erreicht. Auch dort ist mit einer Zunahme des Schwerlastverkehrs in den nächsten Jahren zu rechnen.



Zeichnung: Micha Strahl

Einzelhandel am Boden

Die Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar hat im aktuellen Vergleich der 20 Mittel- und Untertentren in der Region (2010) u.a. die Auswirkungen der Ortspolitik in Biebesheim statistisch dargestellt. Zusammenfassend wird berichtet, dass Biebesheim die höchste verfügbare Gewerbefläche vorhält, die relativ höchste Zahl an Industriebetrieben besitzt, einen der höchsten Gewerbesteuererträge erhebt und über eine sehr hohe Gesamtsteuereinnahmekraft je Einwohner verfügt. Dennoch steht Biebesheim bei der Kaufkraft und beim Einzelhandelsumsatz in der Abstiegszone. Bei der Bewertung der Attraktivität als Einkaufsort steht Biebesheim auf dem letzten Platz! Die relative Zahl der Einzelhandelsunternehmen sinkt und auch bei deren Umsatzentwicklung steht Biebesheim am schlechtesten dar. Kurz: Das Gewerbegebiet wächst und der Einzelhandel liegt am Boden. Die Bedürfnisse der Bürger, die im Ort leben und einkaufen, interessieren die Ortspolitiker wohl kaum.

Ohne Rücksicht auf die Landwirtschaft

Bestes Ackerland vernichten

Das Dezernat für Landwirtschaft des RP Darmstadt gibt zu bedenken, dass es sich bei dem Plangebiet für die Erweiterung des Biebesheimer Gewerbegebietes um „überwiegend hochwertige Ackerflächen“ handelt, die mit der höchsten Wertigkeitsstufe 1a versehen sind. Weiterhin wird gerade die Beanspruchung der landwirtschaftlichen Flächen im Ballungsraum Südhessen kritisch gesehen. Die Nahversorgung mit regionalen landwirtschaftlichen Produkten entsprechend dem Motto „Aus der Region für die Region“ würde zunehmend eingeschränkt.

Ebenfalls erhebt der Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg – Hauptabteilung Ländlicher Raum als auch der zuständige Gebietsagrarratsausschuss Bedenken gegen die Ausweitung des Gewerbegebietes. In der gesamten Region herrsche eine enorme Nachfrage

nach Acker- und Grünlandflächen. Der Verlust in Biebesheim in den letzten 10 Jahren entsprach der Größe mehrerer Betriebe. Die Preise für Ackerland sind in der Region deutlich gestiegen und haben im Frankfurter Raum bereits die Grenze von 10,- EUR/qm überschritten. Auch Richtung Bergstraße werden bereits 5,- EUR pro qm gezahlt. Hohe Kauf- und Pachtpreise für Ackerland schmälern die Gewinne in der Landwirtschaft und machen z.B. arbeitsintensiven Öko-Betrieben als erstes den Garaus. Dem Vorsitzenden des Regionalbauernverbandes Starkenburg ist der Ernst der Lage bewusst: „Überall, wo wir als Regionalbauernverband auftreten, klagen wir den immensen Flächenverlust an“, sagt Dr. Willi Billau und fügt für alteingesessene Biebesheimer hinzu: „Hätte das der Gerold Bayer erlebt, (...)“



Zeichnung: Michi

Wahlamt der Gemeinde benachrichtigt Biebesheimer Bürger

Das Wahlamt der Gemeinde Biebesheim hat in der letzten Augustwoche mit der Versendung der Abstimmungsbenachrichtigungen zum Bürgerentscheid am 28. September 2014 begonnen.

Der Bürgerentscheid wird so durchgeführt wie eine Kommunalwahl. Sind Sie im Wählerverzeichnis der Gemeinde Biebesheim eingetragen, erhalten Sie eine persönliche Abstimmungsbenachrichtigung, ähnlich wie die Wahlbenachrichtigung bei Kommunalwahlen. Mit dieser Benachrichtigung und Ihrem Personalausweis können Sie am Sonntag, den 28. Sept. 2014 zur Abstimmung gehen. Ihr Wahlbezirk und der Stimmraum, in dem Sie abstimmen können, sind auf der Benachrichtigung angegeben.

Auch eine schriftliche Abstimmung wie bei der Briefwahl ist möglich. Auf der Rückseite Ihrer Benachrichtigung finden Sie den Antrag auf Briefabstimmung. Melden Sie sich bei der Gemeinde, wenn Sie keine Benachrichtigung erhalten haben: Tel.: 06258-80615. Das Wahlamt kann Ihnen mitteilen, wo Sie ohne die Benachrichtigung unter Vorlage Ihres Personalausweises an der Abstimmung teilnehmen können.

Am 28. September:

~~Ja~~

... ich bin gegen die Vergrößerung des Gewerbegebietes.

Wussten Sie, dass der Verlust an landwirtschaftlicher Fläche allein in Hessen mehr als 3 ha pro Tag beträgt?